



Forderungen der Berliner Erklärung zur Bundestagswahl 2025

Wir - die 22 Verbände der Berliner Erklärung und unsere 27 Verbündeten - repräsentieren mit unseren Vertreterinnen Frauen in all ihrer Vielfalt - aus sehr unterschiedlichen Berufs- und Tätigkeitsfeldern. Wir wünschen uns ein Land, in dem Gleichberechtigung endlich vollständig verwirklicht ist. Uns eint die Sorge um unsere Demokratie und um den Zusammenhalt in Europa. Demokratie und Gleichberechtigung gehen Hand in Hand. Dafür braucht es eine starke Zivilgesellschaft. Gerade wir gleichstellungspolitisch bewegten Verbände und Vereine leisten Entscheidendes für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir sehen mit großer Sorge die Politik von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien und Gruppierungen, die sich offen gegen die Rechte von Frauen sowie gegen die Rechte von Minderheiten und Zugewanderten wenden. Ebenso besorgt uns die Zunahme von Gewalt gegen Frauen, im öffentlichen, privaten und virtuellen Raum. Ein selbstbestimmtes Leben, frei von Gewalt, ist Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe.

Wir erwarten von den demokratischen Parteien realistische Lösungen statt Parolen und Versprechen. Wir erwarten parteiübergreifende Zusammenarbeit statt gegenseitige Ideologie-Vorwürfe. Wir wissen nur zu gut, dass Fortschritte in der Gleichstellung meist nur dann erzielt wurden und werden, wenn partei- bzw. fraktionsübergreifend zusammengearbeitet wird.

Wir stellen konkrete Forderungen, deren Umsetzung nicht nur die Gleichstellung der Geschlechter und die Gesellschaft insgesamt entscheidend voranbringen, sondern auch zur Sicherung der Demokratie und zu nachhaltigem Wohlstand beitragen.

Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren!

Deshalb fordern wir anlässlich der Bundestagswahl 2025:

- 1. Parität in allen gesellschaftlichen Bereichen**
- 2. Gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen in der Arbeitswelt**
- 3. Gleichstellung als Leitprinzip in allen Politikfeldern**
- 4. Für ein selbstbestimmtes Leben frei von Gewalt**



1) Parität in allen gesellschaftlichen Bereichen

Mit einem Stufenplan für Parität muss in allen unten aufgeführten Bereichen der Gender Gap bis 2030 geschlossen werden. Wir fordern daher:

Für **öffentliche** und **private** Unternehmen:

- Parität in Aufsichtsräten und Vorständen für alle börsennotierten Unternehmen oder Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sowie für alle Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligungen des Bundes.
- Parität für Aufsichtsgremien und Vorstände in Körperschaften/Anstalten des öffentlichen Rechts wie den Sozialversicherungsträgern oder Körperschaften auf Bundesebene.

Für **Kultur** und **Medien**

- Die paritätische Besetzung der Leitungsebenen der vom Bund (mit)finanzierten Kulturbetriebe
- Die paritätische Vergabe aller Fördermittel im Einflussbereich des Bundes.
- Die Unabhängigkeit der Medien und die Freiheit der Berichterstattung müssen verteidigt werden. Wir fordern Medienunternehmen auf, Gleichberechtigung konsequent umzusetzen.

Für **Wissenschaft, Forschung** und **Medizin**

- Eine paritätische Besetzung der Lehrstühle und der Gremien im Einflussbereich des Bundes, auch durch konsequente Koppelung der Forschungsförderung des Bundes an Frauenförderung.
- Stärkung der geschlechtsspezifischen Medizin durch Forschungsförderung des Bundes.

Für **Justiz** und **Recht**

- Die paritätische Besetzung aller Bundesgerichte und Berufungsgremien.
- Parität in allen Besoldungs- und Vergütungsgruppen.

Für **Politik** und **Parlamente**

- Ein Paritätsgesetz, dass die paritätische Verteilung von Direktmandaten und Listenplätzen im Bundestag sicherstellt.
- Ein bundesweites Demokratiefördergesetz sowie Förderung der politischen Partizipation von Frauen in ihrer Vielfalt.
- Parität bei der Besetzung von politischen Beratungs- und Entscheidungsgremien, Kommissionen, Anhörungen oder Regierungsdelegationen.



2) Gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen in der Arbeitswelt

Entgelttransparenz sowie gleiche und gleichwertige Bezahlung

- Konsequente Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie. Dazu gehört u.a.: Verpflichtung der Unternehmen, diskriminierungsfreie Gehaltsstrukturen transparent nachzuweisen, aktiv bei ungerechtfertigten Entgeltunterschieden vorzugehen, ein Verbandsklagerecht, eine mind. dreijährige Verjährungsfrist sowie wirksame Sanktionen. Erforderlich ist eine zumutbare, bürokratiearme Umsetzung.
- Aufwertung und bessere Bezahlung der hauptsächlich von Frauen ausgeübten Berufe, insbesondere in Erziehung und Pflege.

Haushaltsnahe Dienstleistungen

- Einführung eines Haushaltsscheckverfahrens nach belgischem Vorbild, um haushaltsnahe Dienstleistungen auch für Menschen mit Unterstützungsbedarf bezahlbar zu machen. Staatliche Zuschüsse, wie die Gutscheine in Belgien, unterstützen legale Beschäftigungsverhältnisse und stabilisieren die Sozialversicherungssysteme.

Steuer- und Sozialrecht

- Überführung des Ehegattensplittings hin zu einem Realsplitting mit Bestandsschutz für bereits geschlossene Ehen.
- Umgehende Abschaffung der Steuerklassenkombination III/V zugunsten des Faktorverfahrens.

Bessere Vereinbarkeit im Erwerbsleben

- Reform von Elterngeld und Elternzeit mit dem Ziel einer fairen 50:50 Teilung der Elternzeiten zwischen den Partner*innen.
- Solidarische Finanzierung des Mutterschutzes für Selbständige und Freiberufliche, z. B. über die U2-Umlage, an der sich alle Selbstständigen (Männer und Frauen gleichermaßen) beteiligen.
- Beschleunigung des flächendeckenden Ausbaus bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung auch in den Randzeiten.

Bildung und Digitalisierung

- Ein Bundesprogramm zur Einführung eines Schulfachs Lebensökonomie (Vermittlung von Kenntnissen u.a. zu gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, finanzieller Vorsorge, Folgen von Berufswahl).
- Die bundesweite Einführung des Schulfachs Informatik mit verpflichtenden Inhalten zu Programmierung und Coding sowie spezifische Angebote für Mädchen zu MINT und Digitalisierung.
- Die Schaffung gesetzlicher Regelungen für die Nachvollziehbarkeit und Überprüfung von diskriminierungsfreien Algorithmen und KI-Anwendungen (z. B. Kreditvergaben, Personalgewinnung, Arbeitsplatzbewertung).



Start-Ups und Gründerinnen

- Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Kapital für frauengeführte Start-Ups und Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase durch:
 - Eine Mindestquote von 30 % für die leitenden Positionen im Investment-Team öffentlicher Venture Capital-Gesellschaften (VC).
 - Einen separaten staatlichen Fonds für Gründerinnen sowie eine Gründerinnenquote bei staatlichen Fördermitteln.

3) Gleichstellung als Leitprinzip in allen Ressorts und Politikfeldern

- Die Einführung einer Gesetzesfolgenabschätzung (Auswirkung auf die Gleichstellung der Geschlechter unter Berücksichtigung einer intersektionalen Perspektive) bereits bei der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben und Maßnahmen.
- Die Verankerung und Umsetzung von Gender Budgeting im Bundeshaushalt wie auch in Sondervermögen und Koppelung öffentlicher Vergaben und Fördermittel an Geschlechtergerechtigkeit.
- Die Weiterentwicklung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie.

4) Für ein selbstbestimmtes Leben frei von Gewalt

Prävention und Schutz vor Gewalt

- Vollständige Umsetzung der Istanbul Konvention.
- Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe sowie Sicherstellung des Zugangs zum Hilfesystem und eines bedarfsgerechten, ausreichend dimensionierten Hilfsangebotes
- Digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen wirksam bekämpfen.

Selbstbestimmungsrechte der Frauen stärken

- Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sowie bedarfsgerechte Beratung und Versorgung von ungewollt schwangeren Frauen sicherstellen.



Das überfraktionelle Bündnis der Berliner Erklärung existiert seit 2011. Aktuell gehören ihm 21 Frauenverbände als Initiatorinnen an:

Arbeitsgemeinschaft Anwältinnen im DAV, 270 Mitglieder, Christina Dillenburg, Vorsitzende
www.davanwaeltinnen.de

BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, 1.900 Mitglieder, Luisa Arndt, Bundessprecherin
www.frauenbeauftragte.de

Bücherfrauen e. V., 900 Mitglieder, Yvonne de Andrés, stellvertretende Vorsitzende,
www.buecherfrauen.de

Business und Professional Women (BPW) Germany, 1.300 Mitglieder (Deutschland) 30.000 Mitglieder in 100 Ländern, Birte Siemonsen Präsidentin
www.bpw-germany.de

dbb bundesfrauenvertretung, 436.000 Mitglieder, Milanie Kreutz, Vorsitzende
www.dbb.de

Deutscher Ärztinnenbund e.V. (DÄB), 2.400 Mitglieder, Dr. Christiane Groß M.A., Präsidentin
www.aerztinnenbund.de

Deutscher Akademikerinnenbund e.V. (DAB), 430 Mitglieder, Manuela B. Queitsch, Präsidentin,
www.dab-ev.org

deutscher ingenieurinnenbund e.V. (dib), 400 Mitglieder, Sylvia Kegel, Delegierte
www.dibev.de

Digital Media Women e.V. (DMW), 820 Mitglieder und 30.600 Community Mitglieder, Jasmin Heermann, 2. Vorstandsvorsitzende
www.digitalmediawomen.de

EAF Berlin | Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft, 2.000 Unterstützer/innen, Dr. Helga Lukoschat, Vorstand
www.eaf-berlin.de

European Women's Management Development International Network e.V. (EWMD Deutschland), 470 Mitglieder in Deutschland; 900 Mitglieder europa- und weltweit, Caterine Schwierz, President
www.ewmd.org

FidAR - Frauen in die Aufsichtsräte e.V., 1.450 Mitglieder, 5.000 Unterstützer*innen, Prof. Dr. Anja Seng, Präsidentin
www.fidar.de

Frauen im Management e.V. (fim), 180 Mitglieder, Helga Nething, Regionalvorstand,
www.fim.de

Journalistinnenbund e.V. (jb), 400 Mitglieder, Friederike Sittler, Vorsitzende
www.journalistinnen.de

Power to Transform! e.V., Barbara Rohm, Vorstand
www.power-to-transform.org

Pro Quote Film e.V., 1.500 Unterstützer*innen, Michaela Marmulla, Vorstandsvorsitzende
www.proquote-film.de

ProQuote Medien e.V., 200 Mitglieder, 5.000 Unterstützerinnen und Unterstützer, Edith Heitkämper, stellv. Vorsitzende
www.pro-quote.de

ProQuote Medizin, 700 UnterstützerInnen, davon 80 Professoren und Professorinnen, Prof. Dr. Gabriele Kaczmarczyk, Initiatorin
pro-quote-medizin.de

UN Women Deutschland e.V., 1.400 Mitglieder, Elke Ferner, Vorsitzende
www.unwomen.de

Verband der Unternehmerinnen in Deutschland e.V. (VdU), 1.800 Mitglieder und Interessentinnen, 16 Landesverbände, Christina Diem-Puello, Präsidentin
www.vdu.de

Working Moms – Pro Kinder Pro Karriere e.V. (WM), 660 Mitglieder, Clara Gruitrooy, Vorsitzende
www.workingmoms.de



Folgende 27 Verbündete tragen die Forderungen der Berliner Erklärung mit:

Bukof - Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen
www.bukof.de

de'ge'pol W
www.degepolw.de

Deutscher Hebammenverband e.V.
www.hebammenverband.de

Deutscher LandFrauenverband e.V.
www.landfrauen.info

Femtec Alumnae e.V.
www.femtec-alumnae.org

Fondsfrauen
www.fondsfrauen.de

Frauen in der Immobilienwirtschaft e.V.
www.immofrauen.de

Frauenpolitische Rat e.V. Land Brandenburg e.V.
www.frauenpolitischer-rat.de

FrauenRat NRW e.V.
www.frauenrat-nrw.de
Frauenrat Saarland e.V.
www.frauenrat-saarland.de

Generation CEO e.V.
www.generation-ceo.com

Landesfrauenrat Berlin e.V.
www.lfr-berlin.de

Landesfrauenrat Bremen e.V.
www.landesfrauenrat-bremen.de

Landesfrauenrat Hamburg e.V.
www.landesfrauenrat-hamburg.de

LandesFrauenRat Hessen
www.lfr-hessen.de

Landesfrauenrat Niedersachsen e. V.
www.landesfrauenrat-nds.de

Landesfrauenrat Rheinland-Pfalz e.V.
www.landesfrauenrat-rlp.de

Pro Quote Bühne e.V.
www.proquote-buehne.de

PROUT AT WORK-FOUNDATION
www.proutatwork.de

Soroptimist International Deutschland
www.soroptimist.de

Spitzenfrauen Gesundheit e.V.
www.spitzenfrauengesundheit.de

Stiftung erste deutsche Astronautin gGmbH
www.dieastronautin.de

Union deutscher Zonta Clubs
www.zonta-union.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V.
www.vamv.de

Verband berufstätiger Mütter (VBM) e.V.
www.vbm-online.de

Verband der Zahnärztinnen plus e.V.
www.vzaeplus.de

Webgrrls.de
www.webgrrls.de

Women in Film and Television Germany (WIFTG)
www.wiftg.de

Sprecherin der Berliner Erklärung und Pressekontakt:
 Monika Schulz-Strelow, Gründungspräsidentin FidAR e.V.
 Kontakt: sprecherin@berlinererklaerung.de

Weitere Informationen: www.berlinererklaerung.de